

Protest gegen Kürzung der Pauschalen

DÜSSELDORF. Gegen Absichten des Freistaates Sachsen, über eine Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) und des Sozialgesetzbuches V die Förderpauschalen in den fünf neuen Bundesländern erheblich zu kürzen und die Pauschalförderung generell in eine Einzelförderung des Landes überzuführen, hat die Deutsche Krankenhausgesellschaft e.V. (DKG) protestiert. Mit diesem Schritt würde die Finanzierung der Investitionen und der Instandhaltungskosten der Krankenhäuser erheblich gefährdet, schreibt der Hauptgeschäftsführer der DKG, Dr. jur. Klaus Pröbldorf, an das Bundesgesundheitsministerium und an die für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder. Die Krankenhausgesellschaft drängt darauf, daß die für die Jahre 1991 bis 1993 avisierten erhöhten Förderpauschalen für die Instandhaltung, Instandsetzung, Wiederbeschaffung und Ergänzung sowie für kleinere Baumaßnahmen in vollem Umfang gezahlt und fristgemäß durchgeführt werden. Immerhin betrage der investive Nachhol- und Erneuerungsbedarf in den rund 450 Krankenhäusern der fünf neuen Länder nach übereinstimmenden Schätzungen mehr als 30 Milliarden DM. Dieser könne nur durch ein entsprechendes, auf zehn Jahre angelegtes gemeinsames Investitionsprogramm des Bundes und der Länder gedeckt werden.

Zugleich kritisiert die Krankenhausgesellschaft, daß die neuen Bundesländer in „völlig unzulänglichem Umfang Investitionsmittel zur Einzelförderung von Krankenhäusern zur Verfügung gestellt“ hätten. Mithin seien die Auflagen des § 9 Abs. 5 KHG bei weitem noch nicht erfüllt. Falls dem Vorschlag

des Landes Sachsen, den § 21 Abs. 2 KHG zu ändern, stattgegeben werde, müßten sämtliche Krankenhäuser des Landes Fördermittelreduzierungen hinnehmen, „um die bisher unzureichende Einzelförderung des Landes zu verbessern“. Damit werde wenigen Häusern geholfen – zu Lasten der weit überwiegenderen Zahl der übrigen Krankenhäuser. HC

Ausland

USA: Demonstration gegen Abtreibung

WASHINGTON. In Washington haben sich kürzlich etwa 70 000 Abtreibungsgegner versammelt. Sie waren aus dem ganzen Land in die US-Hauptstadt gekommen, um dagegen zu protestieren, daß Schwangerschaftsabbrüche seit 1973 als wichtige verfassungsmäßige Freiheit legalisiert sind.

Die Demonstranten hoffen, daß das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten diese

Entscheidung revidiert. Die Verfassungsrichter hatten beschlossen, demnächst über die Gültigkeit eines restriktiveren Abtreibungsgesetzes im US-Bundesstaat Pennsylvania zu entscheiden. afp

Hungersnot in Somalia bedroht Hunderttausende

NAIROBI. Hunderttausende Zivilisten, die vor Stammesfehden in Somalias zerstörte Hauptstadt Mogadischu geflohen sind, droht der Hungertod in notdürftigen Lagern. „Es hat bereits die ersten Hungertoten gegeben“, berichtete Gregoire Tavernier vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Nairobi. Es sei unmöglich, zu schätzen, wieviele Menschen bereits verhungert seien. Die meisten vegetierten in den Lagern in der Nähe von Merkka, 80 Kilometer südlich von Mogadischu, und in Afgoye, etwa 40 Kilometer westlich der Hauptstadt.

Mindestens viertausend Menschen sind bei den heftigen Kämpfen in den vergangenen zwei Wochen in Somalia getötet worden. Teile Mogadischus sind durch die täglichen Artilleriefeuer und Raketenangriffe total zerstört worden. Mehr als 250 000 Menschen sind in die nahegelegenen Wüstenlager geflüchtet. Wie in der Hauptstadt gibt es auch in den Camps fast kein Wasser, keine Nahrung und keine Medizin. afp

Erste Olympische Spiele für geistig Behinderte

BARCELONA. Die ersten Olympischen Spiele für geistig Behinderte werden im Oktober in Spanien stattfinden. 3000 Teilnehmer aus 34 Staaten würden vom 9. bis 13. Oktober in Vilanova i Geltru, 50 Kilometer südlich von Barcelona, erwartet, wurde von offizieller Seite in der Olympiastadt mitgeteilt. Für die Spiele sind Wettkämpfe unter anderem in der Leichtathletik, im Hallenfußball und Hallenhockey, Schwimmen, Basketball, Radfahren sowie Badminton geplant. afp

Kampfansage an die Raucher

SINGAPUR. Die Regierung von Singapur will ihren Kampf gegen das Rauchen noch intensivieren. Bisher standen 500 US-Dollar Strafe auf das Rauchen in Restaurants, Kaufhäusern, Kinos, Billard- und Kegelbahnen und Fahrstühlen. Zigarettenautomaten und -werbung sind verboten. Nach einem neuen Gesetzentwurf wird die Strafandrohung auf 1000 US-Dollar verdoppelt. Die Regierung soll ferner das Recht erhalten, das Rauchverbot auf weitere öffentlich zugängliche Räume zu erweitern. Zwischenzeitlich wurden auch der Import und der Verbrauch von Kaugummi verboten. gb

42 000 Einsätze, bei denen 35 000 Patienten schnelle ärztliche Hilfe gebracht wurde, flogen im vergangenen Jahr die 37 Rettungshubschrauber des ADAC, des Katastrophenschutzes, der Search and Rescue der Bundeswehr sowie der Deutschen Rettungsflugwacht e.V. in den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern, wo Stationen teilweise noch provisorisch eingerichtet sind, stiegen die Helikopter 2200mal zu Rettungseinsätzen auf, dabei wurden 1800 Patienten ärztlich versorgt. Das deutsche Luftrettungsnetz besteht mittlerweile aus 51 Stationen.

